

**61. GEMEINSAME SITZUNG
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION
UND DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Mittwoch, 7. Oktober 2015

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 12.45 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Kvile (FSK) (Norwegen)
Botschafter V. Žugić (StR) (Serbien)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: UNSCR 1325

Vorträge zur Geschlechtergleichstellung in den Streitkräften – Best Practices:

- *Konteradmiral J. Haggren, Leiter der Abteilung Politik und Strategie, Schwedisches Streitkräfteoberkommando*
- *Hauptmann A. Björsson, Beraterin für Genderfragen und Projektkoordinatorin für das Gender-Coaching-Programm, Schwedisches Streitkräfteoberkommando*
- *L. Olsson, PhD, Forscherin und Projektleiterin, Programm zur Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, Folke Bernadotte Akademie*
- *Brigadegeneral S. Joksimović, Leiter der Abteilung Strategische Planung, Verteidigungsministerium, Republik Serbien*
- *H. H. Syse, Leitende Beraterin, Verteidigungsministerium, Norwegen*

Vorsitz (StR), Vorsitz (FSK), L. Olsson (FSC-PC.NGO/2/15 OSCE+)
(FSC-PC.NGO/2/15/Add.1 OSCE+), A. Björsson (FSC-PC.NGO/2/15

OSCE+) (FSC-PC.NGO/2/15/Add.1 OSCE+), J. Haggren (FSC-PC.NGO/2/15 OSCE+) (FSC-PC.NGO/2/15/Add.1 OSCE+), S. Joksimović (FSC-PC.DEL/12/15 OSCE+) (FSC-PC.DEL/12/15/Add.1 OSCE+), H. H. Syse (FSC-PC.DEL/11/15 OSCE+), Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC-PC.DEL/13/15), Vereinigtes Königreich (Anhang 1), Kanada, Türkei, Finnland (Anhang 2), ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Spanien (Anhang 3), Island (FSC-PC.DEL/15/15 OSCE+), Portugal, Aserbaidshan (FSC-PC.DEL/14/15 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika, Armenien, Schweiz (Anhang 4), Russische Föderation, Ukraine (FSC-PC.DEL/16/15)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

Protokollarische Angelegenheiten: Italien, Vorsitz (FSK)

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben

61. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 48, Punkt 1 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Das Vereinigte Königreich schließt sich der Erklärung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten vollinhaltlich an und möchte in nationaler Eigenschaft Folgendes hinzufügen.

Auch wir danken den Rednern für ihre interessanten Ausführungen. Die heutige Diskussion kommt zur rechten Zeit, denkt man an die in der nächsten Woche stattfindende Überprüfung auf hoher Ebene der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in der die ausschlaggebende Rolle anerkannt wird, die Frauen bei der Bewältigung und Beilegung von Konflikten und dem Aufbau dauerhaften Friedens zukommen sollte und zukommt.

Trotz wiederholter Bekräftigung der bedeutenden Rolle von Frauen für die Konfliktverhütung und -beilegung und der gewichtigen Rolle, die sie in ihren Gemeinschaften für die Friedensvermittlung auf lokaler Ebene spielen können, sind Frauen nach wie vor von vielen offiziellen Friedens- und Postkonfliktprozessen ausgeschlossen. Die Überprüfung auf hoher Ebene ist eine wichtige und einmalige Gelegenheit, hier etwas zu verändern. Bekenntnisse auf Papier genügen nicht, wir müssen handeln und solide Evaluierungsmechanismen schaffen. Das Vereinigte Königreich beabsichtigt, auf dem Überprüfungstreffen ehrgeizige Verpflichtungen einzugehen, die so messbar und termingebunden wie möglich sein sollen, und über seine diesbezüglichen Fortschritte alljährlich bei der jährlichen Debatte der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit zu berichten. Wir möchten den anderen Teilnehmerstaaten nahelegen, sich uns anzuschließen.

Herr Vorsitzender,

in unseren eigenen Streitkräften und bei unseren internationalen Unterstützungseinsätzen verfolgt das Verteidigungsministerium des Vereinigten Königreichs aktiv die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Intern sind wir mit Nachdruck dabei, die gesamte maßgebliche Streitkräftedoktrin nach den Agenden „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und „Verhütung sexueller Gewalt in Konflikten“ auszurichten. Wir wollen damit diese beiden Agenden zum festen Bestandteil des Dienstalltags unserer Streitkräfte von heute machen. Unsere Streitkräfte heißen Menschen aus jedem Milieu willkommen, ohne Rücksicht auf

Geschlecht, Rasse, ethnische Zugehörigkeit oder Religion, und wir haben einen strengen Verhaltenskodex, der dafür sorgt, dass alle anständig behandelt werden.

Abschließend noch ein Wort zum fortdauernden Bekenntnis des Vereinigten Königreichs zur Initiative zur Verhütung sexueller Gewalt. Wir sind der Ansicht, dass die OSZE aufgrund ihres mehrdimensionalen Sicherheitsansatzes und ihres Konfliktverhütungsauftrags als Organisation dazu prädestiniert ist, weitere Arbeiten wie die Umsetzung des internationalen Protokolls zur Dokumentation sexueller Gewalt in Konflikten voranzutreiben. Wir fordern alle damit Befassten einschließlich der kommenden OSZE-Vorsitze dazu auf, zu überlegen, wie wir das bewirken könnten.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie diese Erklärung dem Journal der Sitzung beifügen lassen könnten.

61. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 48, Punkt 1 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FINNLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ergänzend zur Erklärung der Europäischen Union möchte ich als Vertreter meines Landes einige Bemerkungen hinzufügen. Zunächst schließe ich mich dem Dank meiner Vorredner an Konteradmiral Haggren, Hauptmann Björsson, Dr. Ollson, Brigadegeneral Joksimović und Frau Syse für ihre äußerst interessanten Referate an. Ferner danken wir dem serbischen und dem norwegischen Vorsitz dafür, die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auf die Tagesordnung dieser gemeinsamen Sitzung gesetzt zu haben.

Die Förderung der Menschenrechte, der Gleichstellung der Geschlechter und der Rechtsstaatlichkeit ist bei neuen Friedensoperationen von Anfang an von entscheidender Bedeutung. Seit 2000 haben die finnischen Verteidigungskräfte die Resolution 1325 in der Ausbildung von Wehrpflichtigen, Reservisten und aktivem Personal für nationale und internationale Einsätze aktiv berücksichtigt. Erst seit 1995 dürfen Frauen auf freiwilliger Basis im Militär dienen und eine Offizierslaufbahn in den finnischen Verteidigungskräften einschlagen. Allerdings konnten wir bereits 1991 die ersten Frauen in Friedenstruppen zu internationalen Friedenseinsätzen entsenden.

Die finnischen Verteidigungskräfte tragen heute mit einer großen Anzahl an sowohl zivilen als auch militärischen Experten zu internationalen Krisenbewältigungsoperationen bei. Die finnischen Verteidigungskräfte werden als Arbeitgeber hoch geschätzt: von insgesamt 12 000 Angestellten sind 40 % Zivilisten; fast 50 % davon sind Frauen. Viele Frauen sind als Spezialistinnen und Forscherinnen auf den verschiedenen Rängen der finnischen Verteidigungskräfte tätig.

Herr Vorsitzender,

es ist höchste Zeit, dass wir alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um einen OSZE-weiten Aktionsplan für Frauen, Frieden und Sicherheit zu verabschieden. Es ist bemerkenswert, dass bisher fünf Organisationen – die Europäische Union, die NATO, die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), die Zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde (IGAD) und das Pazifikinsel-Forum (PIF) – engagierte regionale

Aktionspläne für Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedet haben und die OSZE noch nicht.

Wir müssen auch unsere Bemühungen zur Entwicklung und Aktualisierung nationaler Aktionspläne für Frauen, Frieden und Sicherheit verstärken. Das Thema findet unter den OSZE-Teilnehmerstaaten breite Unterstützung. Weltweit gibt es 51 nationale Aktionspläne, 27 davon in der OSZE-Region.

Die Resolution 1325 muss ganzheitlich und umfassend umgesetzt werden. Was das Forum für Sicherheitskooperation hier einzubringen hat betrifft die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im Sicherheitssektor. Neben der freiwilligen Berichterstattung über die Umsetzung von Resolution 1325 im Zusammenhang mit dem Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit erachten wir es als sinnvoll, die übermittelten Informationen im Hinblick auf die gewonnenen Erfahrungen und mögliche Best Practices für die Umsetzung auf nationaler Ebene zu erörtern.

Wir betonen, dass bei Krisenbewältigungsoperationen und Einsätzen Genderaspekte direkt in die Aktivitäten einfließen müssen und dass alle Einsatzkräfte, auch auf Führungsebene, eine Ausbildung in den Bereichen Gender Mainstreaming und Verhütung von sexueller Gewalt, sexueller Ausbeutung und Missbrauch sowie im Umgang damit erhalten müssen. Wir ermutigen alle Teilnehmerstaaten, weiterhin Frauen als zivile und militärische Expertinnen für Krisenmanagement auszubilden und einzusetzen. Die Rolle von Führungskräften hat in diesem Zusammenhang größte Bedeutung.

Einer der größten Mängel bei der Umsetzung von Resolution 1325 betrifft die Beteiligung von Frauen in Mediations- und Friedensprozessen. Forschungsarbeiten haben ergeben, dass die Aufnahme von Frauen in Verhandlungsgruppen die Wahrscheinlichkeit, dass eine Einigung erzielt wird, und die Chancen auf eine nachhaltige Einigung erhöht und somit den Weg zu einem dauerhafteren und haltbareren Frieden ebnet. In diesem Zusammenhang werden Finnland und Norwegen nächste Woche bei den Vereinten Nationen in New York eine Nebenveranstaltung über Gender und inklusive Mediationsprozesse organisieren. Wir sehen auch der aktiven Teilnahme aller Delegationen an der Veranstaltung im Rahmen der *Security Days* der OSZE im nächsten Monat zum Thema „In Pursuit of Peace and Security: How Gender Makes a Difference“ entgegen.

Danke, Herr Vorsitzender. Wir ersuchen höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

61. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 48, Punkt 1 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS**

Herr Vorsitzender,

ich schließe mich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an und möchte nun in dieser Erklärung im Namen meines Landes kurz auf die Politik Spaniens in diesem Bereich eingehen und Ihnen die Vorbereitungen für die Offene Debatte über Frauen, Frieden und Sicherheit vorstellen, die wir am 13. Oktober im Sicherheitsrat in New York unter dem spanischen Vorsitz des Sicherheitsrats im Zuge der Überprüfung auf hoher Ebene der Resolution 1325 (2000) abhalten.

Gestatten Sie mir jedoch zunächst, vor allem den Vortragenden des heutigen Vormittags für ihre aufschlussreichen Referate über bewährte Verfahren im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter in den Streitkräften zu danken, denen Spanien große Bedeutung beimisst, sowie für die Aufnahme dieses äußerst relevanten Themas in unsere heutige Tagesordnung.

Spanien hat seit jeher besonderes Augenmerk auf Strategien zur Erleichterung der vollen Einbeziehung von Frauen und Gleichstellungsfragen in seinen Streitkräften gelegt. Diese vollständige Einbeziehung wurde und wird über das Ständige Sekretariat für Gleichstellungsfragen im Verteidigungsministerium gefördert. Der rasche und sehr weitreichende Prozess der Aufnahme von Frauen in die spanischen Streitkräfte war geprägt von Offenheit und uneingeschränkter Gleichberechtigung. In unseren Streitkräften sind Frauen in allen Korps und auf allen Ebenen vertreten und werden für alle Verwendungen ohne Unterschied eingesetzt. Sie haben die gleichen Aufgaben, Verantwortlichkeiten, die gleiche Ausbildung, den gleichen Sold und die gleichen Disziplinarvorschriften wie die Männer.

Ebenso ist die Geschlechterperspektive in allen Prozessen im Zusammenhang mit Sicherheit und Friedensbildung vorhanden, was die Teilnahme von Frauen an Friedensmissionen fördert, eine spezifische Ausbildung des Personals hinsichtlich der verschiedenen Aspekte der Resolution 1325 sicherstellt, die Rechte der Frauen und Kinder in Konfliktzonen und nach Konflikten schützt, die Teilhabe und Ermächtigung von Frauen in der Verhandlung und Umsetzung von Friedensabkommen begünstigt, den Gleichstellungsgrundsatz bei der Planung und Durchführung von Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und

Wiedereingliederungsaktivitäten (DDR) sowie die einschlägige Ausbildung des gesamten, an den genannten Aktivitäten teilnehmenden Personals berücksichtigt.

Die Aufnahme dieser Diskussion über die Durchführung der Resolution 1325 (2000) in unseren heutigen Sicherheitsdialog scheint mir daher sehr sinnvoll. Vor fünfzehn Jahren beschäftigte sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit den unterschiedlichen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, deren Ausschließung von Konfliktverhütung und –lösung, Friedenserhaltung und –konsolidierung sowie mit der Verknüpfung von Geschlechtergleichstellung und Frieden und Sicherheit auf internationaler Ebene, was zur Verabschiedung der Resolution 1325 (2000) führte.

Herr Vorsitzender,

in diesem Jahr findet die Überprüfung auf hoher Ebene der Durchführung der Resolution 1325 (2000) statt. Es ist eine wertvolle Gelegenheit, um über ihre Umsetzung im gegenwärtigen Kontext zu reflektieren und konkrete und ehrgeizige Verpflichtungen im Hinblick auf ihre wirksame Umsetzung einzugehen.

Mit diesem Ziel hat der spanische Vorsitz des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für den 13. Oktober eine Offene Debatte auf hoher Ebene über Frauen, Frieden und Sicherheit angesetzt. Zu dieser Debatte, bei der der spanische Ministerpräsident den Vorsitz führen wird, wurden alle Mitgliedstaaten sowie die Vertreter internationaler und regionaler Organisationen eingeladen, die – wie die OSZE – an der Durchführung der Resolution 1325 (2000) beteiligt sind, eingeladen. Diese Veranstaltung, bei der wir in enger Absprache mit dem Vereinigten Königreich zusammenarbeiten, soll Gelegenheit zur Erörterung der Hindernisse und Schwierigkeiten bieten, die ihre Durchführung verzögern, für die Feststellung neuer Trends und Handlungsprioritäten und für die Erneuerung des Engagements aller Akteure für die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit.

Regionale Organisationen wie die unsere spielen eine wesentliche Rolle bei der Durchführung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit. Seit dem zehnten Jahrestag der Resolution 1325 (2000) hat es bedeutende Anstrengungen von regionalen und subregionalen Organisationen in der Überwachung der Fortschritte, der Evaluierung der Ergebnisse und im Austausch bewährter Verfahren über die Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit gegeben. Die in wenigen Tagen stattfindende Offene Debatte wird den regionalen Organisationen eine gute Möglichkeit bieten, um Informationen über ihre jeweiligen Strukturen betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit auszutauschen und neue Wege für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit den Vereinten Nationen zu erschließen.

Wir hoffen, dass aus dieser Offenen Debatte über die Resolution 1325 ehrgeizige und konkrete Verpflichtungen mit konkreten Zeitvorgaben für alle an ihrer Umsetzungen beteiligten Akteure hervorgehen.

Konkret appellieren wir an

- die Staaten, sich nicht auf Worte zu beschränken, sondern in so wichtigen Bereichen wie der Teilhabe von Frauen – an führender Stelle – bei Entscheidungsprozessen, der Entwicklung und Umsetzung der nationalen Aktionspläne, der Finanzierung, den

Bereichen Sicherheit und Rechtsstaat, sowie der Wiederherstellung und dem Wiederaufbau nach Konflikten konkrete Zusagen zu machen;

- die Länder, die Friedensprozesse durchlaufen haben oder noch durchlaufen, ihre bewährten Verfahren und Errungenschaften im Zusammenhang mit der Durchführung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit mit anderen zu teilen. Die eingehende Betrachtung ihrer Situation kann für viele Länder nützlich sein;
- das System der Vereinten Nationen, konkrete, ehrgeizige Verpflichtungen mit festgelegten Terminen für ihre Umsetzung in Bereichen wie Rechenschaftspflicht und Berichterstattung, Geschlechterstruktur, Erfahrung und Ressourcen, Teilhabe von Frauen, Schutz, sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten und sexuelle Ausbeutung und sexueller Missbrauch einzugehen – unter anderem, um zu zeigen, dass das Sekretariat und die Vereinten Nationen insgesamt der Agenda wirksam Priorität einräumen;
- den Sicherheitsrat, seine Arbeit täglich zu verbessern, nicht nur durch einen kohärenteren und systematischeren Ansatz sondern auch durch die Berücksichtigung der für jedes Land typischen Themen, da die Lösungen auf den konkreten Kontext zugeschnitten sein sollten;
- regionale Organisationen wie die OSZE, über ihre eigenen Verpflichtungen zu informieren und zu erläutern, wie sie die Fortschritte überwachen, welches ihre besten Verfahren und ihre Vorstellungen von einer Stärkung ihrer Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Zusammenhang mit Frauen, Frieden und Sicherheit sind.

Herr Vorsitzender,

wir hoffen, dass die Debatte am 13. Oktober dazu beitragen wird, die praktische Umsetzung unserer Verpflichtungen im Hinblick auf die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit zu beschleunigen. Wir würden es begrüßen, wenn die Überprüfung der Resolution 1325 zu einer neuen, für den Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit beispielgebenden Resolution führen würde, in der auch die Rolle und die zentrale Bedeutung der Frauen in der Mediation gestärkt wird. Dafür ist es wichtig, an der Vor- und Nachbereitung der Einsätze zu arbeiten, wie es Spanien bereits tut, was die Wirksamkeit von Missionen und die Rechenschaftsmechanismen verbessern würde. Ebenso müssen wir unter den Risikofaktoren und Konfliktursachen die genderspezifischen Variablen herausarbeiten, um auf diese Weise den alarmierenden Einsatz sexueller Gewalt als Waffe in Kriegen zu bekämpfen.

Spanien sieht dem vom Generalsekretariat der OSZE auf den 13. November angesetzten *Security Day* erwartungsvoll entgegen, bei dem es über die Ergebnisse dieser Offenen Debatte informieren wird und mögliche weitere Schritte, auch im regionalen Kontext, erörtert werden können.

Ich möchte nochmals für die Aufnahme dieses so wichtigen Themas in die Tagesordnung unseres Gremiums danken und ersuche um Aufnahme dieser Erklärung in das Sitzungsjournal.

Vielen Dank.

61. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 48, Punkt 1 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Die Schweiz dankt den Vorsitzenden des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation dafür, diese gemeinsame Sitzung zu den wichtigen Themen, mit denen sich die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen befasst, zu einem so passenden Zeitpunkt angesetzt zu haben. Am 9. September wurde im Genfer Völkerbundpalast der Verabschiedung der Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit gedacht. Die Schweiz schließt sich den anderen Delegationen an und dankt den Hauptrednern für ihre wertvollen Beiträge und Ausführungen.

Obwohl mit der Resolution 1325 starke Normen zu geschlechterspezifischen Aspekten gewaltsamer Konflikte geschaffen wurden, werden sie nach wie vor nicht gleichmäßig umgesetzt. Wir müssen einräumen, dass es noch immer beträchtliche Defizite gibt; es muss mehr geschehen und die Resolution 1325 sollte mit größerem Nachdruck in die Praxis umgesetzt werden.

Bei der Resolution 1325 geht es um menschliche Sicherheit; das ist deshalb so wichtig, weil sie die erste Resolution des Sicherheitsrats ist, die Frieden und Sicherheit aus einem geschlechterbezogenen Blickwinkel betrachtet. Sie anerkennt Frauen nicht nur als Opfer, sondern als unverzichtbare Akteure im Bemühen um Frieden und die Schaffung von Sicherheit. Es geht darin auch um Teilhabe und Schutz. Der Sicherheitsrat fordert darin eine verstärkte Einbindung von Frauen in alle Entscheidungsprozesse im Bereich Frieden und Sicherheit. Er fordert darin alle Parteien auf, die Rechte von Frauen zu schützen und sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zu verhüten – vor, während und nach gewaltsamen Konflikten.

Die nationalen Aktionspläne zu Frauen, Frieden und Sicherheit sind ein wichtiges Instrument für die Umsetzung dieser Bestimmungen in konkrete und verantwortliche Strategien und Maßnahmen. Die Schweiz hat 2007 als eines der ersten Länder einen derartigen Plan verabschiedet. Seither wird unser Aktionsplan regelmäßig überprüft und aktualisiert. Er sieht unter anderem eine regelmäßige Berichterstattung an das Schweizerische Parlament vor, was die Rechenschaftspflicht für unsere eigenen Verpflichtungen stärkt. Einundfünfzig Länder haben bislang nationale Aktionspläne ausgearbeitet. Wir müssen mehr Staaten dazu ermutigen, ihre eigenen nationalen Aktionspläne auszuarbeiten und regionale

Organisationen dazu zu bringen, dem guten Beispiel der OSZE, der Afrikanischen Union und der NATO zu folgen und wie diese auch solche Pläne und Strategien auszuarbeiten.

Die Schweiz begrüßt die Bemühungen der OSZE und ihrer Durchführungsorgane um die Förderung von Geschlechtergleichheit und der Ermächtigung von Frauen quer durch alle Dimensionen. Die Schweiz begrüßt auch den Sicherheitstag im November und unterstützt mit Nachdruck die Verabschiedung eines OSZE-weiten Aktionsplans für Frauen, Frieden und Sicherheit.

Die Stärkung der Teilnahme von Frauen an Friedensprozessen und an der operativen Planung sowie ihrer Einbindung in diese ist von größter Bedeutung. Dabei geht es nicht nur darum, dass Frauen gleichberechtigte Mitsprache in Fragen von Frieden und Sicherheit haben, sondern um die Erzielung besserer Ergebnisse. Bisher haben wir auf diesem Gebiet wenig vorzuweisen. Die Schweiz engagiert sich stark in der Mediationsunterstützung für Friedensprozesse. Wir wissen aus eigener Anschauung, dass Frauenanliegen immer Gefahr laufen, zu kurz zu kommen, häufig aus Mangel an politischem Willen. Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass wir uns mit der Zivilgesellschaft zusammentun, Kapazitätsaufbau betreiben und Frauen bereits in einer frühen Phase ermächtigen müssen. Wir müssen eine Gruppe weiblicher Führungskräfte aufbauen, die bereit sind, zum geeigneten Zeitpunkt eingebunden zu werden. Frauen sollten in jede Mediationsausbildung und alle Mediationsaktivitäten einbezogen werden. Wir fördern auch örtliche, auf den Gebieten Frieden und Sicherheit tätige Frauennetzwerke. Die notwendige Verstärkung der Teilnahme von Frauen ist auch wichtig, was die „traditionellen“ Akteure in der Mediation und in den Streitkräften angeht.

Was die schutzbezogenen Aspekte der Resolution 1325 angeht, ist noch viel zu tun. An den Konfliktschauplätzen rund um den Globus sind Frauen und Mädchen nach wie vor täglich Angriffen ausgesetzt. Wir lesen und sehen grauenhafte Berichte über sexuelle Gewalt, Entführungen und die sexuelle Versklavung von Frauen und Mädchen in mehreren Staaten. Die Opfer sexueller Gewalt sind überwiegend Frauen und Mädchen jeden Alters. Wir wissen aber, dass auch Männer und Jungen zum Ziel dieser Angriffe gemacht werden, was häufig noch immer ein Tabu ist, mit dem wir uns jedoch genauso nachdrücklich auseinandersetzen müssen. Alle diese Handlungen sind schwere Verstöße gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht. Diese Verbrechen haben verheerende Folgen für das Leben der Opfer und beeinträchtigen ihr körperliches, soziales und wirtschaftliches Wohlergehen. Straflosigkeit ist weitverbreitet und eine gerichtliche Verfolgung schwierig, da die Rechtssysteme in vom Krieg zerrütteten Gesellschaften im Allgemeinen schwach sind und die Strafverfolgungsverfahren die Überlebenden unter Umständen weiteren Gefahren und Demütigungen aussetzen.

In den fünfzehn Jahren, die seit der Verabschiedung der Resolution 1325 ins Land gegangen sind, hat sich die Welt ganz gewaltig verändert. Auch wenn in der Resolution von Terrorismus nicht die Rede ist, ist die Schweiz der Auffassung, dass es genauso unerlässlich ist, geschlechtsbezogene Perspektiven in Strategien zur Verhütung von gewalttätigem Extremismus einzubeziehen, wie in Strategien zur Konfliktbeilegung und zum Aufbau eines Staates. Auch bei der Verhütung von gewalttätigem Extremismus kommen Frauen und Mädchen verschiedenste Rollen zu.

Abschließend sei gesagt, dass die Rechte von Frauen und die Geschlechtergleichstellung Grundpfeiler einer jeden Agenda zum Aufbau von Frieden und Staaten sein müssen

und von Anbeginn einer jede politischen Regelung in die Entwicklung von Strategien und nationalen Regelungen einzubeziehen sind. Das erfordert ein langfristiges Engagement und eine bessere Umsetzung der Resolutionen 1325 und 2122.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.